

DAS WASSER UND DAS UMWELTBEWUSSTSEIN
DER GRAZER BEVÖLKERUNG

Von Sophie BRAMREITER, Graz

EINLEITUNG

Angesichts der Tatsache, daß Umwelt kein freies Gut mehr ist, treten immer häufiger Fragen in den Vordergrund, die sich mit der Einstellung des Menschen gegenüber seiner Umwelt, seinem Verhalten ihr gegenüber und dem Wandel der umweltpolitischen Prozesse im Laufe der Zeit beschäftigen. In diesem Zusammenhang entstand im Zuge der politischen Diskussionen der Begriff des "Umweltbewußtseins", der nur schwer festgehalten werden kann und zu einigen Definitionsproblemen führt. "Was soll man unter Umweltbewußtsein verstehen? Sind es die Kognitionen und Emotionen, die sich mit dem Gewahrwerden der natürlichen und gebauten Umwelt verbinden, sind es Denkinhalte und Empfindungen, die sich auf Umweltverschmutzung beziehen, ist es auch die Freude am klaren Bergsee und einem noch nicht zersiedeltem Wald?" (FIETKAU, H.J., 1978: 55).

Weil es weder den Sozialwissenschaften noch der Psychologie gelungen ist, diese Fragen theoretisch und methodisch in ausreichender Form zu behandeln (BICK, H. u.a. Hrsg., 1984: 46), beschränkt man sich darauf, das Wissen und die Ansprechbarkeit hinsichtlich der Gefährdung der Umwelt durch den Maßstab des Umweltbewußtsein heranzuziehen. Tatsache ist jedenfalls - das ergaben zahlreiche Meinungsumfragen - daß die Sorge der Menschen um die Zukunft der Umwelt und um die Verfügbarkeit von qualitativ gutem Wasser und guter Luft groß ist.

Trotz der vielfältigen Probleme den Begriff "Umweltbewußtsein" exakt zu definieren, geschweige denn zu messen, ist es Ziel dieser

Arbeit, Aspekte zu nennen, die zu einem Umdenken in der Bevölkerung und auch bei den verantwortlichen Stellen geführt haben.

Bürgerbeteiligungen, Protestaktionen der Bürger, Berichterstattung der Medien usw. sollen ebenso gezeigt werden, wie das planungspolitische Handeln der Stadt- und Landesregierung. Als Thema für diesen Wandel des umweltspezifischen Handelns soll der Bereich Wasser angeschnitten werden (sowohl das Grazer Trinkwasser als auch die Mur), weil die Frage um das Grazer Wasser bereits in den letzten Jahren handlungsbestimmend in das Bewußtsein der Grazer Bevölkerung gerückt ist.

DAS UMWELTBEWUSSTSEIN IN DER GRAZER BEVÖLKERUNG

Als erste Stadt Österreichs hat Graz eine Art Kontakt- und Vermittlerstelle zwischen betroffenen kommunalpolitisch engagierten Bürgern, Beamten des Magistrats und Politikern erhalten: das Büro für Bürgerinitiativen (BBI). Dieses BBI hat seit seinem Bestand (eröffnet wurde es im März 1973) Jahr für Jahr zwischen 38 (1973) und 211 (1979) Bürgerinitiativen betreut, eine Reihe von Bürgerbesprechungen durchgeführt und arbeitet heute etwa mit 150 Bürgerinitiativen zusammen, die etwa zu zwei Dritteln regional, in einem bestimmten Bezirk oder Stadtviertel tätig sind, zu einem Drittel sind sie überregional tätig. Die meisten Bürgerinitiativen befassen sich mit Baumaßnahmen, Verkehrsproblemen und mit Geruchs- und Lärmbelästigungen durch Gewerbe und Industrie, aber auch die Erhaltung und Schaffung von Grünflächen, Kinderspielplätzen, Bachregulierungen, Ufergestaltungen etc. rufen die Bürger auf den Plan.

Das Gründungsjahr des BBI ist nicht zufällig, es fällt direkt mit der Umbesetzung des Gemeinderates im Jahr 1973 zusammen. Bei den Gemeinderatswahlen im Jahr 1973 haben die Grazer Wähler erstmals ihren Unmut kundgetan. Dieser Unmut war durch die "Causa Pyhrnautobahn" und die damals geplante Trassenführung durch Eggenberg durch den Besluß, der, den Gemeinderat dominierenden, SPÖ Graz ausgelöst worden. Die "Causa Pyhrnautobahn" - die die Anrainer des betroffenen Stadtteiles mobilisierte und 36.000 Unterschriften gegen den Besluß des Gemeinderates hervorbrachte - kostete bei den Gemeinderatswahlen die SPÖ und ihren Spitzenkandidaten Bürgermeister Dipl.Ing. Scherbaum die

absolute Mehrheit im Gemeinderat.

Seit diesem ersten Erfolg der Bürgerwerbung stieg auch das Selbstbewußtsein des Grazers gegenüber Politikern und Verwaltung. Der Verlauf der "Causa Pyhrnautobahn" motivierte zu neuen Bürgerinitiativen und zu neuen Formen der politischen Partizipation, wie sie eben vor allem vom BBI in weiterer Folge gefördert wurde (WEBER, R., 1985: 19).

Es braucht nicht näher ausgeführt werden, daß das Umweltbewußtsein in den letzten beiden Jahrzehnten ständig zugenommen hat, daß dieses Umweltbewußtsein vor 30 - 35 Jahren noch kaum vorhanden war, weil damals gravierende Umweltprobleme noch nicht als solche wahrgenommen wurden, daß das Wort "Umweltschutz" erst seit dem Jahr 1965 existiert, und heute die kommunale Umweltpolitik ein gesellschaftspolitisches Anliegen aller Kräfte geworden ist.

Dies schlägt sich nieder in den Partei- und Arbeitsprogrammen, egal welcher Fraktion immer, in der Berichterstattung der Massenmedien ebenso wie im Bewußtsein des einzelnen Bürgers - festgehalten in Meinungsumfragen und Studien.

Auch die legistische Seite, als Ausdruck der Umweltpolitik eines Landes, hat sich als Folge dieses neuen Umweltbewußtseins grundlegend geändert. So traten in den letzten Jahren als wichtigste Umweltvorschriften seitens des Bundes in Kraft: Das Luftreinhaltegesetz für Kesselanlagen (1.1.1989), das Umwelt- und Wasserwirtschaftsfondgesetz (1987), das Waschmittelgesetz (1984), das Düngemittelgesetz (1985), das Chemiekaliengesetz (1989), das Sonderabfallgesetz (1988), das Bundesgesetz über Umweltkontrolle (1985) u.a.m.

Seitens des Landes traten in Kraft: eine Neufassung der Steiermärkischen Bauordnung (1987), das Kanalgesetz (1988), das Stmk. Müllwirtschaftsgesetz (1988), das Gesetz über Einrichtungen zum Schutze der Umwelt (1988), das Entwicklungsprogramm für Wasserwirtschaft (1988) und, als jüngste Verordnung seitens des Landeshauptmanns, der Smogalarmplan für das Belastungsgebiet Raum Graz vom 21. Oktober 1989.

Aber nicht nur die legistische Seite hat sich grundlegend geändert, auch der Umgang der Politiker mit dem neuen Umweltbewußtsein der Bürger paßte sich der neuen Strömung an. Versuchten die

Stadtoberhäupter anfangs noch Umweltforderungen der Aktivbürger und "Bürgerinitiativler" abzuwürgen, und machten sie noch den Eindruck, von einer gewissen Skepsis bei allzu forsch formulierten Umweltforderungen befallen zu sein, so traten sie spätestens in den Jahren 1984/85 frohlockend an das Rednerpult um festzustellen: "Sie, Gemeinde- und Kommunalpolitiker, entscheiden nicht zuletzt darüber, daß die Bewußtseinsbildung in positivem Sinne für den Umweltschutz forciert wird" (Hans Groß in einer Rede anlässlich des Seminars für Umweltbeauftragte, 1983).

Und nur wenige Politiker gaben noch offen zu: "Die Medien haben dafür (für Umweltfragen) oft ein offeneres Ohr als der Staat, sprich: Bund, Land und Gemeinden. Wenn dieses Einbekenntnis von mir als Kommunalpolitiker erfolgt, so soll das andeuten, wie ohnmächtig und mit gebundenen Händen man vielfach vor einem Problem stehen kann" (Hans Seidl in seiner Funktion als Vizepräsident des Österreichischen Gemeindebundes bei einem Seminar für Umweltbeauftragte, 1983).

Gerade in der Frage der Umweltpolitik läßt sich mit Sicherheit sagen, daß ein großer Prozentsatz der politischen Meinungsäußerung und Aktionen sich dem ungeschriebenen Gebot unterwirft, daß nur das zulässig ist, was in den Erwartungshorizont des durch die Massenmedien erzeugten Bewußtseins mühelos eingepaßt werden kann. Sobald es einem Politiker gelingt, Bereiche "massenmedienkonform" zu präsentieren, kann er auch Handlungen setzen.

Nachdem eigentlich kein Zweifel mehr darüber bestand, welchen Stellenwert die Umweltfrage bei der Bevölkerung hat (Hainburg im Winter 1984 war bundesweit der letzte notwendige Beweis), begann nun auch die Öffentlichkeitsarbeit hinsichtlich Umweltschutz sowohl seitens des Landes als auch der Stadt Graz massiv einzusetzen.

Für das Land Steiermark erscheint am 22. Jänner 1986 erstmals ein Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für das Jahr 1985" (dieser Bericht erscheint seither jährlich). Im September 1986 erfolgt die Inbetriebnahme des dauerbesetzten Landesumwelttelefons; im Jänner 1987 wird Dipl.Ing. Schaller zum neuen Umweltlandesrat bestellt u.a.m. Auch seitens der Stadtregierung ging man daran, Umweltschutz öffentlich zu diskutieren und die eigene Arbeit der Bevölkerung zu präsentieren. So gibt auch die Stadt Graz einen Umweltbericht ("Grazer Umweltbericht") heraus und

verschickt weiters, als wichtigstes Sprachrohr, die Zeitschrift BIG (Bürger-Information-Graz) 4 x jährlich kostenlos an die Grazer Haushalte. Die "Bürger-Information-Graz" ist laut Impressum "eine objektive kommunalpolitische Informationsbroschüre".

Auch durch neue Mitwirkungsformen im Umweltschutzrecht hat man seitens der öffentlichen Behörden dem neuen Umweltbewußtsein der Bürger Rechnung getragen; v.a. durch die Bestellung eines Umweltanwaltes glaubt man, dem einzelnen Bürger mehr Recht und Mitwirkungsmöglichkeiten verschafft zu haben. Hinsichtlich des Umweltbewußtseins der politisch Verantwortlichen läßt sich zusammenfassend sagen: War das Wort "Umweltschutz" zunächst lange Zeit verpönt, weil damit unliebsame "Alternativer" und "Bürgerinitiativler" assoziiert wurden, ist dasselbe Vokabular nunmehr zum Paradebegriff tausendfacher Sonntagsreden geworden, entsprechend der Tatsache, daß drei Viertel der Bürger einen wirksamen Umweltschutz für die fast wichtigste Aufgabe der Politiker halten (nach den Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit), heute sehen Politiker eine wirksame Umweltpolitik als die "persönliche Herausforderung", und viele von ihnen nehmen für sich in Anspruch, bereits Umweltpolitik betrieben zu haben, als Grün noch nicht Modefarbe war.

Aufschluß über das Umweltbewußtsein des einzelnen Bürgers der Stadt Graz gibt - abgesehen von großräumigen Untersuchungen der IMAS und IFES Institute - eine kommunalsoziologische Untersuchung für die Landeshauptstadt Graz geleitet von Kurt Freisitzer (FREISITZER, K., 1977: Ergebnisse einer kommunalsoziologischen Untersuchung für die Landeshauptstadt Graz). Bereits im Dezember 1975 gab der Stadtsenat den Auftrag, die Präferenzstrukturen und Einstellungen der Grazer Bevölkerung zu erheben; im Jahr 1977 konnte diese Untersuchung abgeschlossen und das Ergebnis präsentiert werden.

Aus Fragen zur Umweltpolitik ging dabei hervor:

Die wichtigsten kommunalpolitischen Maßnahmen, die die Politiker zu setzen hätten, nach ihrer Dringlichkeit:

Rang 1: die Erhaltung vorhandener und Schaffung weiterer Grün- und Erholungsflächen

Rang 2: der Bau einer Müllverbrennungsanlage

Rang 3: das Staubfreimachen von Straßen

Deutlich an der Spitze stehen eindeutig Maßnahmen für den Umweltschutz, für Verkehrsplanung und Verkehrseinrichtungen. Dasselbe Ergebnis erhält man auch, wenn man die Themenbereiche der Bürgerbesprechungen und Bürgerinitiativen betrachtet. Auch hier sind Verkehrsberuhigung, der Erhalt der Grünflächen, das Abschalten von Lärm- und Geruchsbelästigungen klare Aufträge an die Politiker, und erst in zweiter Linie stehen der Wohnbau und soziale Einrichtungen im Forderungskatalog der Grazer Bürger.

Allein von 1985 bis 1988 war der Verhandlungsgegenstand für 43 Bürgerinitiativen der Verkehr und seine Auswirkungen, für 15 war es die Erhaltung und Schaffung von Grünflächen, für 21 waren es diverse andere Umweltfragen wie Eigenkompostierung, Wasserverschmutzung etc., für weitere 13 waren es Spielplätze und nur für 12 Wohnbaufragen.*

Auf die Frage "Wieviel sollte auf welchen Gebieten nach ihrer Meinung von der Grazer Stadtverwaltung getan werden?" antworteten weiters im Rahmen der ob.zit. kommunalsoziologischen Untersuchung:

1. Rang: Maßnahmen für den Umweltschutz
2. Rang: Verkehrsplanung und Verkehrseinrichtung
3. Rang: Wohnungswesen
4. Rang: Verwaltungsreform (Rationalisierung)
5. Rang: Soziale Einrichtungen

Auch bei der Beurteilung von Einsparungsmöglichkeiten vertraten die Grazer Bürger die Meinung: am wenigsten solle eingespart werden bei Maßnahmen für den Umweltschutz gefolgt von Maßnahmen für das Wohnungswesen.

Schlußfolgerung: Das Umweltbewußtsein der Grazer Bevölkerung ist stark ausgeprägt, die Bereitschaft, Verantwortung für den

* Aufgrund eigener Auswertung von Material des Büros für Bürgerinitiativen, Graz

Umweltschutz nicht auf andere abzuschieben ist deutlich zu spüren, und nicht zuletzt wegen dieses Umweltbewußtseins gelang es der ALG (Alternative Liste Graz) bei den Gemeinderatswahlen 1983 auf Anhieb 7 % der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen.

DAS GRAZER WASSER IM BLICKPUNKT DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Das Grazer Trinkwasser

Die Wasser Gesamtförderung für Graz beträgt im Jahr rund 20.000.000 m³ also ca. 20 Mrd. Liter. Für die Förderung dieser Wassermenge stehen im wesentlichen 3 Wasserwerke zur Verfügung, deren Förderanteile wie folgt verteilt sind:

Wasserwerk Friesach: ca. 53 % (Inbetriebnahme 1977)

Wasserwerk Andritz: ca. 26 % (Inbetriebnahme 1898,
1911 von der Gemeinde
Graz übernommen)

Wasserwerk Feldkirchen: ca. 21 % (Inbetriebnahme 1951)

(daneben gibt es noch das Wasserwerk Kalsdorf/Umland Graz mit einem Anteil von 0,43 %).

Das geförderte Wasser entstammt im wesentlichen den Grundwasserreserven im Grazer Feld und im Gratkorner Becken. Zur Sicherung gegenüber negativen Einflüssen der Mur wird in den Werken Friesach und Andritz Grundwasseranreicherung betrieben, d.h. aus Oberflächengewässern (Stübingbach, Andritzbach) wird Wasser unmittelbar vor der Mündung in die Mur entnommen und im Einzugsbereich der Förderbrunnen zur Versickerung gebracht (Hrsg. Grazer-Stadtwerke-AG, 1988: 27).

Das Versorgungsgebiet der Grazer Wasserwerke, rund 90 % aller Haushalte sind an das öffentliche Wassernetz angeschlossen, umfaßt rund 90 km² (einschließlich der 47 durch die Grazer Stadtwerke-AG belieferten Wassergenossenschaften), wobei der Versorgungsbereich in verschiedene Zonen unterteilt ist. Während der Großteil der Stadt in der "normalen" Hauptversorgungszone liegt (ihr stehen 2 Hochbehälter zur Verfügung: Spielberg (rechtes Murufer) und Rosenberg (linkes Murufer), stellen die höhergele-

genen Siedlungsgebiete am Stadtrand jeweils eine eigene Versorgungszone dar (Mariatrost, Stiftingtal, Ries/Ragnitz u.a.m.).

Die Wasserqualität der einzelnen Förderbrunnen der Grazer Wasserwerke ist sehr unterschiedlich. Während das Wasser aus den Wasserwerken Friesach und Andritz ein mäßig hartes, alkalisch reagierendes Wasser mit niedrigem Gehalt an Chlorid, Sulfat und Nitrat ist, ist das Feldkirchner Wasser wesentlich härter und weist auch höhere Konzentrationen an Chlorid und Nitrat auf.

Diese erhöhten Nitratwerte im Süden der Stadt führten zu einer umfassenden Untersuchung durch das Hygiene Institut der Universität Graz im Bereich der Hauptterrasse des Grazer Feldes zwischen dem südlichen Teil der Stadt Graz und der Bezirksgrenze des Bezirks Graz-Umgebung im Süden. Dabei mußte festgestellt werden, daß ein Großteil des Grundwassers im Grazer Feld Nitratwerte aufweist, die über den Richtwerten des BM für Gesundheit und Umweltschutz und der WHO liegen, und in einigen Gebieten der Grenzwert von 100 mg/l bereits überschritten wird.

Für die Brunnen der Grazer Stadtwerke-AG in Feldkirchen und Kalsdorf wurde dabei eine Nitratbelastung von unter 50 mg/l angegeben, die Grazer Stadtwerke geben sie mit 30 bis 48 mg/l an.

Neben der Nitratbelastung tritt im Feldkirchner Wasser auch eine Belastung durch chlorierte Kohlenwasserstoffe (1,1,1 - Trichlorehthan, Trichlorethylen und Perchlorethylen) auf. Beim Wasserskandal im Februar/März 1984 führte Perchlorethylen dazu, daß neben ca. 250 in Graz gesperrten Brunnen auch tw. Brunnen der Grazer Stadtwerke gesperrt werden mußten, wobei die Verursacher dieser Wasserverunreinigung bis heute nicht dingfest gemacht werden konnten. Bei einer Schließung des Wasserwerkes Feldkirchen wären bei der damaligen Versorgungslage rund 100.000 Grazer unversorgt gewesen, und das Wasser von ganz Graz hätte rationiert werden müssen.

Nach heftigen Protesten der Bevölkerung hat man damals ein Untersuchungsprogramm für das Grazer Trinkwasser festgelegt, daß

1. eine tägliche chemische und bakteriologische Untersuchung der 3 Wasserwerke vorsieht und eine laufende Probenentnahme

- aus den Hydranten im Versorgungsgebiet
2. eine wöchentliche Untersuchung der beiden Hochbehälter und
 3. im 14-tägigen Abstand eine Wasseranalyse durch das Hygiene Institut
- vorsieht.

Zum Schutze des Grundwassers gibt es mit Stand 1988 folgende Schongebietsverordnungen:

1. Schongebiet Feldkirchen I

Verordnung des BM für Land- und Forstwirtschaft vom 25.1. 1962 zum Schutze des Grundwasserwerkes Graz-Feldkirchen (BGBL. Nr. 41/1962).

2. Schongebiet Friesach bei Graz II

Verordnung des Landeshauptmannes vom 5.3.1963 zur Sicherung des künftigen Trinkwasserbedarfs für die Stadtgemeinde Graz im Raume Friesach (LGBL. Nr. 75/1963).

Verordnung des BM für Land- und Forstwirtschaft vom 28.1. 1963 mit der eine wasserwirtschaftliche Rahmenverfügung für das Grundwasser im Raume von Friesach bei Graz erlassen wird (BGBL. Nr. 58/1963).

3. Schongebiet Graz-Andritz IV

Verordnung des Landeshauptmannes von Steiermark vom 13. 10.1971 mit der ein Grundwasserschongebiet zum Schutze des Grundwasserwerkes Graz-Andritz bestimmt wird (LGBL. Nr. 139/1971).

Ebenfalls als Reaktion auf die verheerende Grundwasserverseuchung im Süden von Graz durch Schwermetallverbindungen und chlorierte Kohlenwasserstoffe, herbeigeführt durch industrielle und gewerbliche Tätigkeiten, wurde seitens der Steiermärkischen Landesregierung ein Grundwasserprogramm am 7. Dezember 1987 einstimmig beschlossen.

Als Maßnahmen wurden eine Grundwasserkontrollkommission eingesetzt (neben der ständigen Fachkommission für die Mur), die Überprüfung von Wasserversorgungsanlagen wurde genau geregelt,

ebenso wie die bereits erwähnte Untersuchung des Grazer Feldes auf Nitratbelastungen angeordnet.

Mit der Verordnung der Steiermärkischen Landesregierung vom 19. Dezember 1988, mit der ein Entwicklungsprogramm für Wasserwirtschaft erlassen wurde (ausgegeben und versendet am 31. Oktober 1989) wurde dieses Arbeitsprogramm rechtskräftig. Nach den Ereignissen von 1984 ist es nicht verwunderlich, daß als wichtigstes Ziel die Forderung steht:

§ (3) a) Schutz des Grundwassers vor chemischer und biologischer Belastung und sparsame Verwendung desselben (Landesgesetzblatt für die Steiermark 4, 1988: 85. Verordnung der Stmk. Landesreg. mit den ein Entwicklungsprogramm für Wasserwirtschaft erlangt wird; Graz, 167).

Nicht nur bei den verantwortlichen Regierungsstellen hat es Reaktionen auf die Wasserverunreinigungen gegeben, auch Gewerbebetriebe, so etwa die steirischen Putzereien - die unter anderen für den Wasserskandal im Grazer Feld verantwortlich waren - versuchten ihr Image bei ihren Konsumenten aufzubessern, wie folgender Artikel von Alfred Lobnik vom Oktober 1989 zeigt:

Gutes Zeugnis für die steirischen Putzereibetriebe

Jetzt da nach dem Umweltkandal mit freigewordenem Perchlorethylen das "Ärgste überstanden" ist, hat die Berufsgruppe der steirischen Textilreiniger mit Hilfe einer großangelegten Marktstudie eine genaue Standortbestimmung und Nabelbeschau vorgenommen. Sie haben allen Grund, sich über das gute Zeugnis zu freuen, das ihnen die Konsumenten dabei ausgestellt haben und blicken mit Gelassenheit und Optimismus in die Zukunft.

Die Landesinnung der Textilreiniger, in der Vergangenheit durch den Umweltkandal mit ausgetretenem giftigem Perchlorethylen arg zersaust, hat große Anstrengungen unternommen, um ihr Image aufzubessern. Was auch nötig war, denn die in Auftrag gegebene Marktstudie, die am Dienstag präsentiert wurde, sagt klar, was 86,7 Prozent der Steirer an ihrer Putzerei das Wichtigste ist: Daß die Umwelt nicht belastet wird. (...)

(Kleine Zeitung vom 24.10.1989)

Die Mur

Das Problem der Abwasserbelastung der Mur ist nicht erst in der letzten Zeit entstanden, sondern, wie bei anderen Flüssen, die durch nicht besiedelte und Industriegebiete fließen, mit dem Beginn der Industrialisierung gleichzusetzen.

Durch das Wasserrechtsgesetz von 1959 wurde erstmals die Einrichtung eines Gewässeraufsichtsdienstes festgelegt, der Abwasser- und Gewässeruntersuchungen durchführt. Aufgrund einer Anregung des BM für Land- und Forstwirtschaft im Juni 1970 wurde das "3-Professoren-Gutachten" (Nemecek, Möse und Stundl) erstellt, das einen Überblick über den Gewässergütezustand der Mur und ihrer wesentlichen Zubringer gibt (FRIEHS, B., 1986: 54).

Durch das schlechte Ergebnis wachgerüttelt, wurde schon damals die Forderung erhoben, durch entsprechende Maßnahmen die Gewässergüte um mindestens eine Güteklafe zu heben. Doch erst der Murgipfel am 12. März 1985 brachte wesentliche Änderungen, konkret ein Investitionskontrollprogramm nach einem festgelegten Zeitplan.

Die 6 wichtigsten Ergebnisse waren ((Magistrat Graz (Hrsg.), 1986: Grazer Umweltbericht, 1/89: 70 f.)).

- * Zusammenfassung aller notwendigen kommunalen und betrieblichen Abwasseranlagen,
- * Festlegung genauer Fristen für Baubeginn und Fertigstellung dieser Anlagen bis zum Jahr 1990,
- * Festlegung der Finanzierung (1,5 Mrd. Schilling),
- * Periodische Überprüfung des Fristenkatalogs durch die Ständige Fachkommission für die Mur,
- * Intensivierung von Forschungsvorhaben zur Weiterentwicklung der Reinigungstechnik für die Bleichereiabwässer,
- * Aufwertung der Anliegen des Gewässerschutzes.

Laut Umweltschutzbericht des Landes Steiermark (Stmk. Landesreg. (Hrsg.), 1989: Umweltbericht des Landes Steiermark, 51-53) ist der Ist-Zustand nach der 8. Sitzung der Mur Fachkommission am 27. Oktober 1988 wie folgt:

Abb. 1

**Mur-Sanierungsprogramm 1985—1990
festgelegt und vorgestellt beim „Mur-Gipfel“ am 12. März 1985 in Graz**

Die nachstehende Tabelle berücksichtigt den Ist-Zustand auf Grund der Feststellungen der 8. Sitzung der Mur-Fachkommission am 27. Oktober 1988.

Verursacher (Gemeinde, Verband, Betrieb)	Verringerung der Belastung BSB-5* CSB** in Einwohnergleichwerten und Prozenten		Kosten Mio. S	Fristen Bau- beginn Inbetrieb- nahme		Bemerkungen
	Die in Klammer angegebenen Fristen entsprechen den ur- sprünglichen Zielsetzungen					
1. Reinhaltungsverband Murau	9.550 94 %	9.250 87 %	14,2 7,0	April 1984	September 1986	fertiggestellt ✓
2. Gemeinde Teufenbach	850 94 %	950 95 %	4,2	1988	1990	in Bau ✓
3. Marktgemeinde Scheifling und Gemeinde St. Lorenzen bei Scheifling	1.570 94 %	1.740 94 %	4,9	November 1986 (Oktober 1985)	Oktober 1987 (Mai 1987)	fertiggestellt ✓
4. Reinhaltungsverband Pöls und Firma Zellstoff Pöls AG. Werk Pöls	150.000 90 %	180.000 47 %	25,0 275,0	1988 (September 1987)	1989	notwendige Ver- suchsphase ab- geschlossen
5. Abwasserverband Unteres Liesingtal	15.500 97 %	15.500 97 %	35,0 30,0	Mai 1987 (April 1986)	Ende 1989 (Ende 1988)	vor Fertigstellung ✓
6. VOEST-Alpine AG. Leiterplattenwerk Hinterberg			25,0	Juni 1985	Dezember 1985	fertiggestellt ✓
7. Reinhaltungsverband Leoben und Firma Steirische Brauindustrie AG. Werk Göß	55.000 92 %	55.000 92 %	21,0	Feber 1986 (Juni 1985)	Feber 1987 (März 1986)	fertiggestellt ✓
8. Firma Brigi & Bergmeister Papierfabrik Ges. m. b. H., Werk Niklasdorf		20.000 80 %	60,0	1988 (April 1986)	Dezember 1989 (Dezember 1987)	krasse Fristüber- schreitung. Vor- reinigung in An- griff genommen
9. Firma Leykam-Mürztaler AG. Werk Bruck/Mur	49.480 95 %	36.710 75 %	34,3 50,2	Oktober 1986 (April 1986)	Oktober 1987 (Dezember 1987)	fertiggestellt ✓
10. Reinhaltungsverband Raum Fohnleiten	14.630 94 %	13.550 87 %	34,0	März 1985	Juli 1987	fertiggestellt ✓

* BSB-5 = biochemischer Sauerstoffbedarf

** CSB = chemisch abbaubare Substanzen

Verursacher (Gemeinde, Verband, Betrieb)	Verringerung der Belastung BSB-5* CSB** in Einwohnergleichwerten und Prozenten		Kosten Mio. S	Bau- beginn	Fristen inbetrieb- nahme Die in Klammer angegebenen Fristen entsprechen den ur- sprünglichen Zielsetzungen	Bemerkungen
	BSB-5*	CSB**				
10 a. Firma Mayr-Melnhof Frohnleiten	114.000 95 %	135.000 90 %	134,0	Feber 1986 (Mai 1986)	1987 (März 1988)	fertiggestellt ✓
10 b. Firma Roman Bauernfeind Frohnleiten	46.000 96 %	50.400 88 %	57,5	Septem- ber 1987 (Mai 1986)	1989 (März 1988)	vor Fertigstellung - - -
11. Marktgemeinde Peggau Kläranlage Peggau und Kläranlage Friesach	2.910 97 % 470 98 %	3.200 97 % 520 97 %	12,0 3,5	Mai 1983 April 1985	Feber 1985 Ende 1986	fertiggestellt ✓
12. Marktgemeinde Deutschfeistritz	3.200 97 %	3.500 97 %	14,1	Feber 1984	Juni 1985	fertiggestellt ✓
13. Wasserverband Region Gratkorn-Gratwein und Firma Leykam-Mürztaler Papier- und Zellstoff AG., Werk Gratkorn	553.700 94 %	587.000 40 %	478,0	Septem- ber 1986 (März 1986)	November 1987	fertiggestellt ✓
14. Papierfabrik Graz Ges. in. b. H., Werk Andritz	4.600 92 %	10.100 92 %	14,0	offen (Oktober 1985)	offen (1987)	krasse Fristüber- schreitung
15. Stadtgemeinde Graz (Bächesanierung) a) Andritzbach b) Mariatroster Bach c) Stiftsbach d) Ragnitzbach e) Schöckelbach f) übrige Bäche			41,2 30,0 20,0 20,0 25,0 25,0	1988 (1995) 1996 (1988) 2000 (1989) offen (1990) 1993 (1990) 1992 (1990)	1988 (1998) 2000 (1991) 2002 (1992) offen (1993) 1995 (1993) 2003 (1993)	- - -
16. Wasserverband Grazerfeld und Firma Vianova Kunstharz AG., Werk Werndorf	56.500 94 %	50.550 84 %	110,0 80,8	De- zember 1984	November 1987 (April 1987)	fertiggestellt, je- doch für Vianova zusätzliche Vor- reinigung erfor- derlich ✓
17. Reinhaltsverband Köflach-Maria Lankowitz- Edelschrott und Stadtgemeinde Köflach	9.700 97 %	10.670 97 %	30,0 41,7	März 1986 Juli 1986	Dezember 1990 Dezember 1990	in Bau - - -

* BSB-5 = biochemischer Sauerstoffbedarf

** CSB = chemisch abbaubare Substanzen

Verursacher (Gemeinde, Verband, Betrieb)	Verringerung der Belastung BSB-5* CSB** in Einwohnergleichwerten und Prozenten	Kosten Mio. S	Fristen		Bemerkungen
			Bau- beginn	Inbetrieb- nahme	
18. Wasserverband Leibnitzerfeld-Süd	1. Stufe Endausbau	7.270 97 % 14.700 98 %	8.000 97 % 16.170 98 %	16,5 21,7	Septem- ber 1983 Feber 1987 Juli 1987 Oktober 1989
Gesamt: Die in Klammer ange- führten Ziffern entsprechen den ursprünglichen Prognosen		1.102.360 (865.420)	1.199.810 (773.720)	1.794,8 (1.374,5)	
	Davon fertig:	882.980 80%	Davon fertig: 920.190 80%	Davon fertig: 1.061,2	
nicht begonnen:	Davon in Bau: 63.930	155.450	Davon in Bau: 68.570	Davon in Bau: 194,2	
				539,4	

* BSB-5 = biochemischer Sauerstoffbedarf

** CSB = chemisch abbaubare Substanzen

Durch die bisher gesetzten Maßnahmen hat sich die Gewässergüte der Mur abwärts Gratkorn um eine Gütestufe auf nun mehr Gütekasse III verbessert.

Wesentliche Fristverzögerungen gibt es jedoch bei der Abwassersanierung der Papierfabrik Bridl & Bergmeister, Niklasdorf, der Errichtung der biologischen Kläranlagen der Papierfabrik Ges.m.b.H.

Als Veranschaulichung der bisherigen Ergebnisse soll nachstehende Abbildung dienen (Graz Aktuell, Mai 1989), wobei bewußt eine Abbildung aus einer Grazer parteipolitischen Zeitschrift gewählt wird, um zu zeigen, was der Grazer Öffentlichkeit zum Thema "Mursanierungsprogramm" an Information weitergegeben wird. Mit dieser Abbildung wurde gleichzeitig verlautbart, daß mehr als eine Milliarde Schilling bisher in das Mursanierungsprogramm investiert wurde und daß "damit der Murgipfel zum bedeutendsten Gewässersanierungsprojekt Österreichs wurde" (Graz Aktuell, S. 3).

Neben der Parteipresse der Grazer SPÖ äußerte sich im Mai 1989 auch Helena Wallner über den Zustand der Mur:

Mur: Grün ist sie noch nicht, aber sauberer

Die Wasserqualität der Mur - ist wenn auch nicht sichtbar - in den vier Jahren der intensiven Sanierung trotz manch krasser Fristüberschreitung besser geworden. Grün wird der steirische Hauptfluß jedoch erst dann, wenn die Papierfabrik Leykam auch chlorfreie Bleiche umgestellt hat. Noch läuft nicht einmal das Forschungsprojekt dafür.

(...) Die Wasserqualität der Mur hat sich auf weiten Strecken gebessert und weist etwa in Graz Stufe drei bis vier auf. "Solche guten Werte gab es Jahrzehnte nicht mehr", weiß Hofrat Hans Ertl von der zuständigen Abteilung des Landes aus Erfahrung, es gebe keine Schaumbildung mehr, das Wasser sei wesentlich klarer, nur die Farbe lasse zu wünschen übrig. Das wird sich übrigens nicht ändern, solange die Leykam in Gratkorn - trotz vollbiologischer Kläranlage - nicht auf chlorfreie Bleiche umstellt. Dahin ist noch ein weiter Weg, hat sich doch ein geplantes Pilotprojekt durch Finanzierungzwistigkeiten ungebührlich lang verzögert.

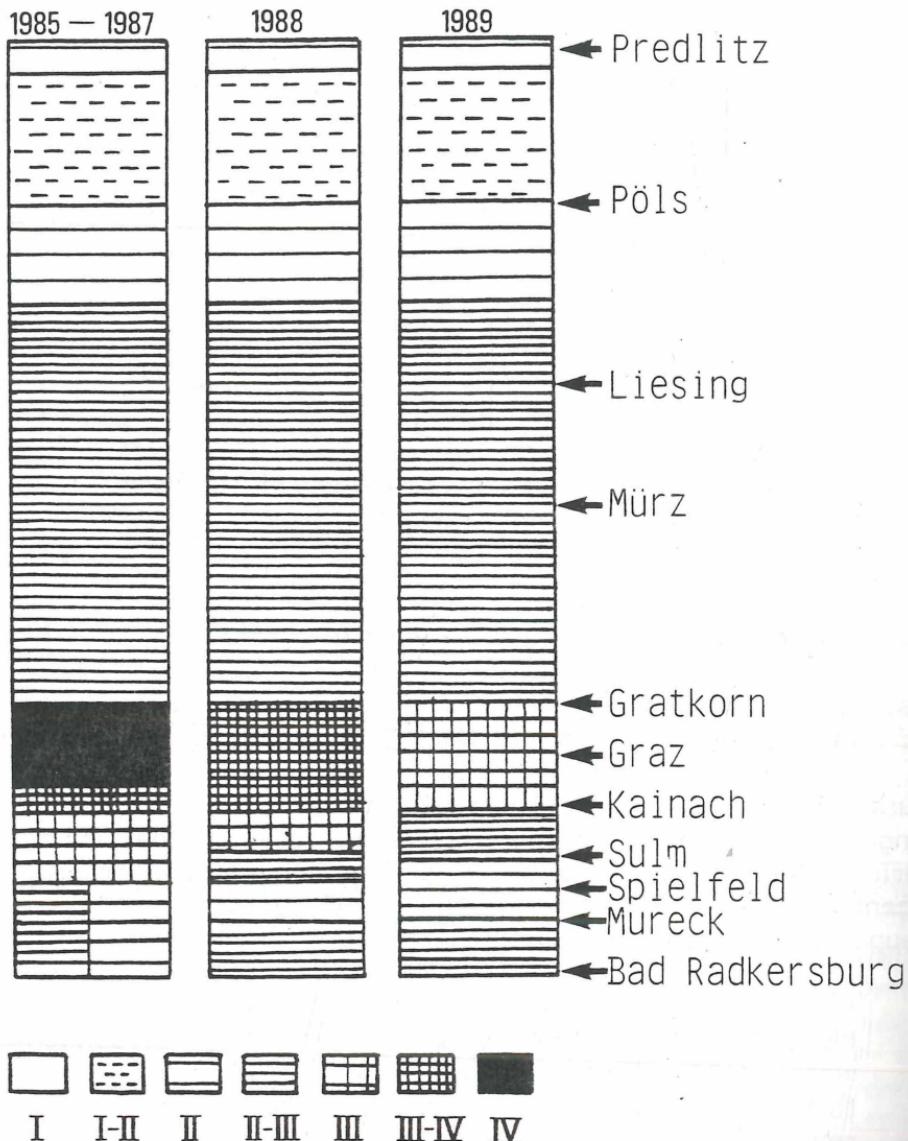
(Kleine Zeitung vom 12.3.1989)

Weniger mit Optimismus, sondern eher mit Sarkasmus und Ironie beschreibt Ch. Metzger (METZGER, 1987: 217f.) die "kurze, aber traurige Geschichte der Mur", beginnend mit dem Jahr 1974, als die Landesregierung mittels Resolution beschloß, die Gewässergüte der Mur zu verbessern, bis hin zum Jahr 1987, als das Mursanierungsprogramm zwar schon im Laufen war, die Verbesserungen sich aber erst zögernd einstellten. Zu entnehmen ist dieser Bericht einem Reiseführer der Stadt Graz und der Steiermark, der eigentlich die Aufgabe hätte, ein positives, schönes Bild vom Hauptfluß der Steiermark zu zeichnen.

Wie die Mark trug auch ihr Hauptfluß, den Beinamen "grün". Heute trägt sie Sulfate, Phosphate, Nitrate, Halogenkohlenwasserstoffe, Chloride, Füllstoffe, Farbstoffe, Schwermetalle und den Titel einer der schützigsten Flüsse Österreichs.

GEWÄSSERGÜTE DER MUR: VERGLEICH 1985 – 1989

Abb. 2



Die Mur führt ein buntes Leben: Wenn, wie im Dezember 1984 geschehen, die Grazer Papierfabrik rote Brühe in den Fluß kippt, ist ihr grüner Kern nur noch für den erkennbar, der die Farbenlehre beherrscht und die Komplementärfarbe von Rot kennt. Für die weißen Tupfer sorgt die Papierfabrik an der Pöls - meterhohe Schaumberge türmten sich 1985 auf dem Fluß -, aber auch der Zellstoffgigant Leykam ist fleißig mit von der Partie: bei Gratkorn, nördlich von Graz, mischt er graubraunen Dreck bei, so viel, wie sonst die Einwohner einer Millionenstadt produzieren.

Was für ein Glück, daß Graz nur den Beitrag einer Viertel-Millionenstadt leistet, sonst könnte die Mur hier nicht einmal mehr Güteklaasse IV - "extrem verschmutztes Wasser" - führen, die ein Fluß erreichen kann, der noch unter den Lebenden geführt werden will: (...)

Bereits 1974 beschloß die Landesregierung, daß die Wasserqualität des Flusses bis Ende 1978 auf Güteklaasse II-III zu verbessern sei - die Fabriken, auf deren blütenweißem Papier diese Resolution gedruckt waren, beförderten selbige stante pede in den Papierkorb. "Die steirische Papierindustrie hat im Jahr 1984 durch das neue Sulfatzellstoffwerk in Pöls eine beträchtliche Kapazitätserweiterung erfahren", konnte die CA in ihrem Sonderheft "Steiermark" melden.

Als sich diese Kapazitätserweiterung dann im Januar 1985 in Form von weißen Schaumbergen südlich von Graz niederschlug, wurde es der Bevölkerung denn doch zu bunt: Hunderte von Anzeigen gingen ein, die "kleine Zeitung" startete eine Unterschriftenaktion, die mehr als 142.000 Stimmen für die "grüne Mur" brachte und zum Langersehnten Murgipfel führte: Der Bau kommunaler Abwasseranlagen sollte forcierter werden, die "Großen" (Hauptverschmutzer der Mur ist die Zellstoffindustrie, v.a. Pöls und Leykam) wurden zur Abwasserkklärung verpflichtet. (METZGER, Ch., 1987: 213 f.)

Diese "kurze, aber traurige Geschichte" der Mur zeigt jene entscheidende Phase der Murentwicklung, die in das Bewußtsein der Bevölkerung vorgedrungen ist: die Zwischenfälle in Pöls (Säureskandal 1983) und in der Grazer Papierfabrik (1984) und die Mobilisierung zehntausender Menschen für die Aktion "Grüne Mur".

Neben dem Murgipfel 1985 rüttelte ein anderes "trauriges" Ereignis rund um das Grazer Wasser - die Perchlorethylen-Verseuchung des Grundwassers im Süden von Graz (1983 und 1984) die Bevölkerung, die Medien und letztendlich auch die Stadt- und Landesregierung und die verantwortlichen Stellen wach. Eine entscheidende Rolle bei der Bewußtseinsbildung spielten die Medien, die mit dafür verantwortlich zu machen sind, daß umweltspezifische Fragestellungen über das Engagement von einzelnen Aktivbürgern und Bürgerinitiativen hinaus in das Bewußtsein eines großen Teiles der Bevölkerung getreten sind, und letztendlich so auch Eingang in die Politik gefunden haben. Gerade bei "Umwelt-Zwischenfällen" erwartet sich der Bürger von den Medien, daß sie ein gesellschaftliches Korrektiv darstellen und nicht nur über Mißstände berichten, sondern möglichst auch dafür sorgen, daß die Mißstände verschwinden, und die Verantwortlichen dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Genau das haben die Grazer Printmedien, allen voran die "Kleine Zeitung" bei den Grazer Wasserskandalen auch gemacht. Von den zahlreichen Berichten und Kommentaren zu diesem Thema sei hier abschließend und beispielhaft jener der Kleinen Zeitung vom 12. März 1984 zur Perchlorethylenmisere in Raaba und Gössendorf verwiesen:

Der Aufwecker: Das Wasser steht uns bis zum Halse

Das Ausmaß dieser jüngsten Umweltkatastrophe ist in keiner Weise abzusehen. Täglich kriecht diese giftverseuchte Ader weiter Richtung Innenstadt, täglich sind mehr Menschen von den Wassersperren betroffen. (...) Im Klartext heißt das: Mehr als 100.000 Menschen hätten mit einem Schlag kein Wasser, ja mehr noch: Ganz Graz wäre betroffen, weil die Versorgung der ganzen Stadt nur noch mit Rationierungsmaßnahmen einigermaßen gewährleistet werden kann.

Das ist die niederschmetternde Zwischenbilanz, und ebenso niederschmetternd ist die Reaktion einzelner Behörden: Abgesehen von der Fachabteilung Ia der Landesregierung sowie der sofortigen Untersuchungsaktion des Hygieneinstitutus zeichnen sich andere Behörden vorwiegend durch Unfähigkeit, Ignoranz und lächerliche Kompetenzstreitigkeiten aus.

Mit Verlaub: Es ist den betroffenen Bürgern völlig gleichgültig, in "welche Kompetenz" dieser Giftskandal fällt, ob die Gemeinde Gössendorf die Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung, das Land Steiermark mit der Landessanitätsdi-

rektion oder die Stadt Graz mit ihrem Gesundheitsamt Maßnahmen zu ergreifen haben, und es ist diesen Bürgern ebenso egal, daß nahezu der halbe Gemeinderat von Gössendorf bei den Puchwerken angestellt ist und deshalb verdächtig lange keinen Muckser von sich gab.

Wo bleibt der Krisenstab, der unverzüglich Maßnahmen setzt? Das verseuchte Wasser steht uns bis zum Hals.

(Kleine Zeitung vom 12.3.1984)

ZUSAMMENFASSUNG

Im letzten Jahr etablierte sich der Umweltschutz laut Umfrage des Fessel + Gfk-Instituts als Sorge Nummer 1 der Österreicher. Doch bereits während des letzten Jahrzehnts trugen einzelne Ereignisse die Besetzung der Stopfenreuther Au (1984) und die Ereignisse rund um Zwettendorf (1979) und Tschernobyl (1986) zu einem Umdenken nicht nur bei der Bevölkerung sondern auch bei den politisch Verantwortlichen bei.

In Graz war es noch vor der Verkehrs- und Smogdiskussion die Frage der Wasserqualität, die die Bürger veranlaßte, sich aktiv für eine "grüne Mur" und ein gezieltes Trinkwasserschutzprogramm einzusetzen.

Wesentliche Beiträge lieferten dabei die Bürgerinitiativen, koordiniert vom Grazer Büro für Bürgerinitiativen, und vor allem die mediale Berichterstattung. Wie die Reaktionen der Presse auf Umweltprobleme rund um das Grazer Wasser sich äußerten, sollte anhand von Zeitungsberichten gezeigt werden, ebenso die Reaktionen von den politisch Verantwortlichen, die sich in erster Linie in der geänderten Umweltgesetzgebung zeigte.

Grundanliegen war es am Beispiel des Grazer Wassers die Wechselwirkungen zwischen Bürgern, öffentlicher Meinung und medialer Berichterstattung auf der einen Seite und Reaktion der politisch Verantwortlichen auf der anderen Seite aufzuzeigen.

L i t e r a t u r

- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG: FACH-ABTEILUNG Ia (Hrsg.), 1988: Steirischer Gewässergüteatlas. Gewässergüte der Fließgewässer Stand 1986/88. Graz, 217 S.
- AMT DER STEIERMÄRKISCHEN LANDESREGIERUNG: RECHTSABTEILUNG 3 (Hrsg.), 1989: Umweltschutzbericht 1988 des Landes Steiermark. Graz, 331 S.
- BICK, H., HAUSMEYER, K.H., OLSCHOWY, G., SCHMOOK, G. (Hrsg.), 1984: Angewandte Ökologie - Mensch und Umwelt. Bd. 1. Stuttgart, 531 S.
- FIETKAU, H.J., 1978: Umweltbewußtsein und umweltbewußtes Verhalten als Problem psychologischer Forschung. Hrsg. vom Internat. Institut für Umwelt und Gesellschaft des Wissenschaftszentrums Berlin.
- FREISITZER, K., 1977: Ergebnisse einer kommunalsoziologischen Untersuchung für die Landeshauptstadt Graz. Masch. Skript. Graz, 29 S.
- FRIEHS, B., 1986: Limnologie der Mur. Diplomarbeit am Inst. f. Zoologie der Univ. Graz. Graz, 76 S.
- GRAZ AKTUELL, Nr. 22/1989: Gewässergüte der Mur. Hrsg. von der Grazer SPÖ.
- GRAZER STADTWERKE AG (Hrsg.), 1988: Grazer Wasser. Eine Information der Grazer Stadtwerke AG. Graz, 27 S.

LANDESGESETZBLATT FÜR DIE STEIERMARK 85/1989: Verordnung der Stmk. Landesregierung vom 19. Dezember 1988, mit der ein Entwicklungsprogramm für Wasserwirtschaft erlassen wird. Graz, 167-168.

MAGISTRAT GRAZ (Hrsg.), 1986: Grazer Umweltbericht 1/1986. Graz, 87 S.

METZGER, Ch., 1987: Graz und die Steiermark. Du Mont "Richtig reisen". Köln, 270 S.

ÖSTERREICHISCHES BUNDESINSTITUT FÜR GESUNDHEITSWESEN (Hrsg.), 1984: Umweltschutz in der Gemeinde. Seminar für Umweltbeauftragte der Steiermark. Wien, 145 S.

WEBER, R., 1985: Politische Partizipation in Österreich unter besonderer Berücksichtigung der Bürgerbeteiligung in Graz. Diss. an der Grund- und Integrationswiss. Fakultät der Univ. Wien. Wien, 189 S. + Anhang.

Anschrift des Verfassers: Ass. Mag. Sophie BRAMREITER, Abteilung für Angewandte Geographie, Institut für Geographie der Karl-Franzens-Universität Graz, Universitätsplatz 2, A-8010 Graz

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical
Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Arbeiten aus dem Institut für Geographie der
Karl-Franzens-Universität Graz](#)

Jahr/Year: 1988

Band/Volume: [29_1988](#)

Autor(en)/Author(s): Bramreiter Sophie

Artikel/Article: [Das Wasser und das Umweltbewusstsein der
Grazer Bevölkerung 13-33](#)